

## **Antrag**

**der Abgeordneten Stephan Jersch, Heike Sudmann, Deniz Celik,  
Norbert Hackbusch, Sabine Boeddinghaus, Martin Dolzer, Inge Hannemann,  
Cansu Özdemir, Christiane Schneider und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)**

**Betr.: Planungen und Tätigkeiten für den Fernwärmestandort Wedel zurückziehen und einstellen**

Die Arbeiten an einer gesamtstädtischen Fernwärmeplanung für die Freie und Hansestadt Hamburg gehen langsam weiter. Dabei wird, nach Offenlegung der Netzdaten durch Vattenfall und der darauf basierenden Überplanung, nun deutlich, dass im Sinne des Volksentscheids zur Rekommunalisierung der Energienetze und der Nutzung regenerativer Energien von 2013 eine Ersatzlösung für das 2019 in den Besitz der Stadt übergehende Kohleheizkraftwerk am Standort Wedel nicht mehr in eine moderne und dem Volksentscheid entsprechende Wärmeversorgung passt.

Die Fernwärmeversorgung Hamburgs wird zukünftig dezentral und so weit wie möglich regenerativ erfolgen. Ein GuD-Kraftwerk in Wedel ist auf Basis dieses gemeinsamen Verständnisses bereits aus der Diskussion verschwunden. Aber auch eine kleine, dezentrale Lösung in Wedel macht auf Grundlage aller im Gespräch befindlichen Realisierungsalternativen keinen Sinn mehr.

Der derzeit begonnene Prozess der Ertüchtigung des KHK Wedel durch Vattenfall, weitestgehend ohne Bauanträge, ist mehr als bedauerlich. Damit werden, eigentlich schon viel früher hätten erfolgen müssende, Investitionen in ein Kraftwerk getätigt, das nach derzeitigem Stand der Planung 2021 vom Netz gehen soll. Die Frage, ob dies mit geeigneten Maßnahmen nicht sogar früher geschehen kann, muss im Rahmen der Fernwärmeplanung noch valide beantwortet werden.

Um ein deutliches Zeichen gegenüber der Bevölkerung in Rissen und Wedel und für eine dem Volksentscheid entsprechende Fernwärmeplanung zu setzen, sollten jetzt die nach wie vor vorhandenen Schritte in Richtung eines KHK-Ersatzes am Standort Wedel eingestellt oder zumindest ausgesetzt werden.

### **Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:**

Der Senat wird aufgefordert, als Anteilseigner der Vattenfall Fernwärme Hamburg GmbH

1. im Rahmen seiner Eigenschaft und als zukünftiger Inhaber des KHK Wedel dafür Sorge zu tragen, dass die bestehende Genehmigung für ein Ersatzkraftwerk am Standort Wedel nicht genutzt wird;
2. dafür Sorge zu tragen, dass die derzeit anhängigen Klageverfahren gegen einen Ersatzbau in Wedel vorerst, mindestens bis zum Übergang des Standorts Wedel in den Besitz der Freien und Hansestadt Hamburg, ruhend gestellt werden.